

„Eine Polizei, die Maß und Ziel verloren hat. Das ist beschämend für die Exekutive, beschämend für Kärnten/ Koroška – und ein bedrückendes Dokument dafür, wie mit den zentralen Gedenkortern der Kärntner Slowen:innen und ihrem Beitrag zum Frieden umgegangen wird.“

„Mehr Ausflüchte als Antworten“

(Auszugsweise aus: volksgruppen.orf.at/slovinci/meldungen; 30. September 2025)

„Was wie ein schlechter Scherz klingt, ist bittere Realität: Das Kärntner Landesamt für Staatsschutz und Extremismusbekämpfung hat zwei volle Tage lang einen Großeinsatz geplant – wegen angeblich falsch aufgestellter Zelte. Verfassungsschutz gegen Campingverstöße – absurder kann Polizeiarbeit kaum wirken“, so Nationalratsabgeordnete und Volksgruppensprecherin Olga Voglauer (Grüne).

„Nicht die Bezirkshauptmannschaft, sondern das Landesamt für Staatsschutz und Extremismusbekämpfung hat diesen skandalösen Einsatz gesteuert – ein beispielloser Vorgang. Bis heute bleibt unklar, welche Rolle der Bezirkshauptmann Klösch von Völkermarkt/ Velikovec gespielt hat, der laut der Anfragebeantwortung der behördliche Leiter war und der auch in einem Weisungszusammenhang mit Landeshauptmann Kaiser steht. Umso erschreckender ist, dass die Landespolizeidirektion Kärnten offenbar meint, bei mutmaßlichen Verwaltungsübertretungen nach dem Naturschutzgesetz gleich den Verfassungsschutz samt Helikopter losschicken zu müssen“, schreibt Olga Voglauer in einer Reaktion auf die Anfragebeantwortung durch Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) in der Causa Peršman.

Genau dieses Bild bleibe: „Eine Polizei, die Maß und Ziel verloren hat. Das ist beschämend für die Exekutive, beschämend für Kärnten/ Koroška – und ein bedrückendes Dokument dafür, wie mit den zentralen Gedenkortern der Kärntner Slowen:innen und ihrem Beitrag zum Frieden umgegangen wird.“

„Innenminister Karner liefert mit seiner Anfragebeantwortung mehr Ausflüchte als Antworten und verweist bloß auf die Sonderkommission. Dass es überhaupt einer Kommission bedarf, um elementare Fragen zum Einsatzablauf zu klären, spricht Bände. Wir erwarten bis zum 8. Oktober noch zwei weitere Antworten – und werden genau hinsehen, ob das Ministerium diesmal mehr Auskunftswillen zeigt oder erneut versucht, Verantwortung zu verschleiern“, heißt es in der Aussendung der Grünen Nationalratsabgeordneten Olga Voglauer.